bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 12 | 05. Juni 2008

Rechte Szene 2

Parteitag der Abrechnung
Hinter den Kulissen rumort es in der NPD erheblich. Lautstarke Kritik gibt es an dem neuen Bundesvize Jürgen Rieger, der den radikalen Kräften in der Partei Auftrieb geben dürfte.

„Führende Patrioten"
Die „pro"-Truppen lassen es trotz anderslautender Beteuerungen deutlich an der Abgrenzung zu Vertretern der extremen Rechten fehlen.

„Existenzfrage"
Ein rassistisches Elaborat aus professoraler Feder beschwört die „Stunde höchster Gefahr für das deutsche Volk".

Veteranen der Szene
Rechtsextreme Musiker in Baden-Württemberg treten zum Teil unter neuem Namen auf.

Medien 7

Weißer Terror
Ein Film über die weltweit vernetzte Neonazi-Szene liefert erschreckend-authentische Einblicke in eine Welt der Gewalt.

Seitenblick 8

„Gruselige Organisation"
Diskussion in der Friedrich-Ebert-Stiftung über die Gefährlichkeit von rechtsextremer Jugendfreizeitarbeit.

Blick in die Zeitgeschichte 9

Ein rabenschwarzer Tag
Vor 75 Jahren, am 22. Juni 1933 wurde von den Nazis die SPD verboten.

Die verstummten Stimmen
Eine Ausstellung über die Vertreibung der „Juden" aus der Oper 1933 bis 1945.

Meldungen 11

Rechte Szene

Parteitag der Abrechnung

Hinter den Kulissen rumort es in der NPD erheblich. Lautstarke Kritik gibt es an dem neuen Bundesvize Jürgen Rieger, der den radikalen Kräften in der Partei Auftrieb geben dürfte.

„Ein Parteitag der Geschlossenheit“: Nichts anderes sei die Botschaft des „32. Ordentlichen Bundesparteitag – Sozial geht nur national“ aus Bamberg. Der wieder gewählte NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt dürfte selbst seinem Resümee wenig glauben. Nicht nur hinter den Kulissen des Parteitags vom 24. und 25. Mai in der fränkischen Stadt offenbarte sich: Die parteiinternen Spannungen konnten nicht abgebaut werden. Schon am Sonntagabend wird der Bundesvorsitzende die Kritik des Bundesvorstandsmitglieds Andreas Molau an einem der Bundesvize mitbekommen haben. „Die Wahl von Herrn Rieger zum Stellvertreter ist eine politische Katastrophe“, sagte Molau. Andere Entscheidungen sorgen auch weiterhin für nachhaltigen Unmut.

„Vision, diese Partei in den Reichstag zu ziehen“

In der Öffentlichkeit schweigt Voigt zu Molau beharrlich. Glaubt man den Szenegerüchten, ist er „stinksauer“. Offen schimpft das langjährige NPD-Mitglied Alfred Zutt: „Durch die Äußerung von Herrn Molau gegenüber der TAZ, eines der übelsten antideutschen Schmierblätter, einen Parteikameraden wie Herrn Rieger zu diffamieren“, habe er „jeden Anspruch auf das Amt des Parteivorsitzenden verspielt, ja meiner Meinung nach auch auf ein Amt im Parteivorstand“. Ein „großer Fehler“, wettert er auf dem Szeneinternetportal „Altermedia“ sei auch die Distanzierung des Vorstands zu der „nationalen Jugend“ und hebt hervor: „Da hierzu im Parteivorstand keine klare Linie vorherrscht, war dies mit ein Grund, dass meine Frau Doris Zutt nicht mehr für den Parteivorstand kandidiert hat“. Nicht bloß für die Zutts scheint eine Distanzierung zu den „Autonomen Nationalisten“ wenig nötig.

Den Parteitag hatten nicht nur Mitglieder herbeigesehnt. Auch die „Freien Kameradschaften“ und weitere rechtsextreme Parteien hatten auf Klärungen zu den leeren Kassen, juristischen Verfahren und zu den militanten „Autonomen Nationalisten“ gewartet. Spekuliert wurde, ob der 56-jährige Voigt nach 12 Jahren im Amt bleibt? Der NPD-Fraktionschef Udo Pastörs in Mecklenburg-Vorpommern, wie auch der Ex-Landtagsspitzenkandidat Molau aus Niedersachsen wurden als mögliche Parteiführer gehandelt.

Am Samstag trat aber kein niedergeschlagener Voigt im Hegel-Saal vor die rund 500 Delegierten und Gäste. „Die NPD ist die älteste und stärkte nationale Kraft in Deutschland“, verkündete er. Fast sieben Stunden später bedankte sich der alte und neue Vorsitzende für das „außerordentliche Vertrauen“ und versicherte: „Ich habe noch die Vision, diese Partei in den Reichtag zu ziehen.“ Mit 90 Prozent der Stimmen hatten die Delegierten ihn im Amt bestätigt.

Im Hegel-Saal, an dessen Bühnenhintergrund „Hier ist Deutschland“ prangt, war es schnell zu spüren: Hier wollte niemand der Königsmörder sein. Die Hausmacht von Voigt war sicher nicht der einzige Grund. Voigt hat, trotz mancher Pleiten und Pannen der vergangenen Monate, Erfolge vorzuweisen: die Strategie mit sozialen Themen hin zur gesellschaftlichen Mitte greift, die Mitgliederzahl hat sich seit seinem Amtsantritt mit 7200 fast verdoppelt, die NPD ist nach über 30 Jahren in zwei Landtage eingezogen. Die Probleme griff Voigt in seinem Grundsatzreferat aber auch auf. Seine Botschaft: „Wir schaffen das! Ich mach das!“. Kritik wurde nicht laut.

„Hunderttausende von Euro ohne Gegenkontrolle hin- und hergeschoben“

Erst nach dem Bericht des Hamburger Landeschefs Jürgen Rieger zu den Finanzen knallte es. Dass die NPD wieder 1,3 Millionen Steuergelder erhält, wie Voigt betonte, beruhigte wenig. Was ist mit den angeblich veruntreuten 627 000 Euro durch den Bundesschatzmeister Erwin Kemna, wollten Delegierten und Gäste genau wissen? Rieger, der als Anwalt die Sachlage klären sollte, hielt sich im Vagen – wegen fortdauernder Untersuchungshaft Kemnas und weiterhin fehlenden Akten. Doch er sprach auch von „erheblichen Verdachtsmomenten“, die „mehr gegen Kemna als für ihn“ sprechen. Ein Raunen kam auf. Der Vorschlag der Parteiführung, den Rieger wiederholte, den Bundesvorstand nicht zu entlasten, ging zu-

nächst unter. Der Grund: Pastörs griff Rieger an, er wollte wissen, wie „Hunderttausende von Euro ohne Gegenkontrolle hin- und hergeschoben werden konnten“. Auch ein versteckter Angriff gegen Voigt, der sich voll hinter Kemna stellte. Pastörs betonte, die Frage nach der Mitschuld im Vorstand sei „legitim“. Prompt unterstellte Rieger Pastörs „Populismus“. Ein Wortgefecht entbrannte. Rieger verkündete lautstark, dass die Schweriner und Dresdner schon 2006 seine Kandidatur zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden sabotiert, gar das Gerücht gestreut hätten, mit seinen Darlehen an die Partei Ämter kaufen zu wollen. „Sie lügen, Herr Rieger“, konterte Pastörs lautstark. Nur mit Mühe konnte Tagungsleiter Eckart Bräuniger die beiden Kontrahten bremsen. Streiten sich zwei, freut sich der Dritte, ermahnte der Berliner NPD-Landeschef, und erinnerte daran, dass die Presse im Saal sei.

„Wahl Riegers ist eine politische Katastrophe“

Wenig später stand fest: Für viele ist Rieger der passende Mann für das Amt des Bundesvizes. Pastörs musste zurückstecken. Die Delegierten bestimmten zudem Sascha Roßmüller und Holger Apfel zu Bundesstellvertretern. Nicht bloß Molau hält die Entscheidung für Rieger für fatal. Der ehemalige Wahldorflehrer sorgt sich, wie manch anderes Bundesvorstand- und Parteimitglied um ein bemüht bürgerliches Image. Denn Rieger, so Molau, hat sich nicht von der Gewalt der „Autonomen Nationalisten“ am 1. Mai distanziert. Vor der Kritik reichte Molau allerdings dem Ehrengast der Partei Horst Mahler die Hand. Nett sind sie zueinander, eint sie doch, über die Wirklichkeit des Holocausts reden zu wollen. Beim Luftschnappen vor der Halle wurde Mahler nicht minder freundlich begrüßt.

Hier hinter dem Polizeigitter hörten die NPD-Anhänger, wie unerwünscht sie sind. Keine 500 Meter entfernt fand auf der Weide eine Gegenkundgebung statt, ein Slogan: „Weide-Ordnung: Buntes Fleckvieh statt braune Hornochsen“. Teilnehmer einer Antifa-Demonstration kamen dazu. Schauten die Rechtsextremisten mal kurz links über den Fluss Regnitz, konnten sie auf einem übergroßen Transparent lesen: „No NPD“. In der rund 1000 Meter entfernten Bamberger Innenstadt fand zudem ein „Fest der Demokratie“ statt. Über 2000 Menschen protestierten auf den Straßen.

Im Saal verstimmte mit der Zeit einige Kameraden die Anwesenheit der Presse. Den extra ausgeladenen Kollegen verweigerte die NPD bis zum Schluss den Eintritt. „Pass bloß auf ‚wo du lang gehst!“, wurde ein Journalist bedroht. „Knoblauchpresse“, raunte ein anderer, und ein weiterer schimpfte: „Ach das Presseschwein ist auch da!“.

Auf der Pressekonferenz klang Voigts Distanz zu den „Autonomen Nationalisten“ erneut indifferent. „Wir werden das in Zukunft nicht mehr bei unseren Veranstaltungen dulden“ betonte er. Gewalt dürfte nicht von ihnen ausgehen und vor allem nicht gegen die „deutsche Polizei“. Die Wut der jungen Kameraden könne er ja verstehen, wenn sie sich von der Polizei schikaniert fühlten, die aber nur ihre Pflicht täte. Innerlich stünden sie bei der NPD, so Voigt, was sich aber ändern könnte, „wenn aus unseren Reihen Gewalt kommt“. Die kopierten links-autonomen Erscheinungsformen, wiederholte er, „ausländische Sprache und Symbole“, „geballte Kommunistenfaust“ und schwarze Blöcke hätten bei ihnen nichts zu suchen. „Gewalttätige Wählerschrecks dürften keinesfalls unter der Fahne der NPD laufen.“

„Buntes Fleckvieh statt braune Hornochsen“

Schon der Wahlaufruf für Jürgen Rieger ließ Voigts Aussagen hohl klingen. Erneut betonte er zudem, dass aber die Menschen, die konstruktiven Kräfte aus den Kameradschaften, willkommen seinen. Ein Signal setzte auf der Pressekonferenz ebenso Rieger, er distanzierte sich nicht von den rechten Gewalttaten am 1. Mai, beschimpfte stattdessen Journalisten. Udo Voigt betonte, für die Zusammenarbeit sei auch wieder Thorsten Heise in den Vorstand gewählt. Dass Heise wegen Volksverhetzung gerade verurteilt wurde, störe nicht, versicherte Voigt.

Mit Riegers Wahl, das weiß nicht bloß Molau, erhält die radikale Strömung in der Partei starken Auftrieb. So blieb auch Thomas Wulff, Kameradschaftskader aus Mecklenburg-Vorpommern, gelassen, obwohl er nicht wieder in den Parteivorstand kam. Die Querelen um die Wahlabsprache, dass die DVU in Thüringen kandidiert, scheinen überstanden. Die DVU stimmt Nachverhandlungen zu. Voigt versicherte: In Thüringen tritt die NPD an.

Andreas Speit

„Führende Patrioten"

Die „pro"-Truppen lassen es trotz anderslautender Beteuerungen deutlich an der Abgrenzung zu Vertretern der extremen Rechten fehlen.

Mantra-artig betont Markus Beisicht die demokratische Lauterkeit seiner „Bürgerbewegungen" mit Namen „pro NRW" und „pro Köln". Doch seine Beteuerungen wollen nicht so recht verfangen. Schuld daran sind aus seiner Sicht vor allem die Medien. „Bösartige Verleumdungen, Verdrehungen und bewusste Falschdarstellungen", beklagte der Leverkusener Anwalt, der an der Spitze der beiden Rechtspopulistentruppen steht, Ende Mai in einem Rundschreiben an Mitglieder und Unterstützer von „pro Köln" – und lieferte mit dem Brief erneut Hinweise, die an der demokratischen Läuterung der Rechtspopulisten zweifeln lassen.

„Führende patriotische Politiker aus ganz Europa", so schrieb Beisicht, würden am Anti-Islamisierungskongress der „Bürgerbewegungen" am 19. und 20. September in Köln teilnehmen. Tatsächlich sprechen in Köln einige Vertreter aus der ersten Reihe der extremen Rechten Europas mit mehr als zweifelhaftem Ruf. Zu den „führenden patriotischen Politikern" rechnet Beisicht zum Beispiel Jean Marie Le Pen, den Chef des französischen Front National, dem immer mal wieder einfällt, Gaskammern als „Detail der Geschichte" zu bezeichnen, oder den Vorsitzenden der British Nationalist Party, Nick Griffin, vorbestraft wegen Aufstachelung zum Rassenhass. Erwartet werden auch „Spitzenfunktionäre" der italienischen Lega Nord, die bei der Parlamentswahl in diesem Jahr mit ihren rassistischen Parolen auf über 8 Prozent kam. Beinahe schon zum Stammpersonal bei „pro"-Veranstaltungen zählen der um eine europäische Einigung von Rechtsaußen-Parteien bemühte FPÖ-Europaabgeordnete Andreas Mölzer („Die Ausgegrenzten dürfen sich nicht gegenseitig ausgrenzen"), dessen Parteivorsitzender Heinz-Christian Strache, der „Vlaams Belang"-Fraktionsvorsitzende Filip Dewinter sowie Harald Neubauer, Mitherausgeber der extrem rechten Zeitschrift „Nation&Europa" und Vorstandsmitglied der Gesellschaft für freie Publizistik, der bei der Bundestagswahl 2005 noch für die NPD kandidiert hatte.

Reden soll bei dem Kongress auch Jörg Uckermann (39). Er, der im März von der CDU zu „pro Köln" und „pro NRW" wechselte, soll der neue Hoffnungsträger der „Bürgerbewegung" sein. Bezirksvorsitzender im Rheinland ist er bereits, außerdem „pro"-Fraktionsvorsitzender in der Bezirksvertretung von Köln-Ehrenfeld. Im nächsten Jahr soll er als Oberbürgermeisterkandidat in Leverkusen antreten. Mit ihm hoffen die „pro"-Oberen, einen Einstieg ins seriöse politische Lager schaffen und Teile der Union für sich gewinnen zu können – schließlich war er in der CDU kein Nobody als deren ehemaliger Vorsitzender in Ehrenfeld und stellvertretender Bezirksbürgermeister. Doch der Lack blättert bereits. Kölner Medien berichteten Mitte Mai, gegen Uckermann sei Anzeige erstattet worden, weil er am Rande einer „pro"-Veranstaltung eine Gegendemonstrantin getreten haben soll. Und erinnert wird daran, dass der Kölner CDU-Kreisvorstand wegen einer möglichen Manipulation parteiinterner Wahlen ein Ausschlussverfahren gegen ihn angestrengt hatte. Seiner neuen politischen Umgebung jedenfalls hat er sich schon angepasst. „Nation&Europa" veröffentlichte im Mai ein Interview mit Uckermann.

Uckermann ist beileibe nicht die einzige zweifelhafte Personalie der „pro"-Gruppen. In Essen beispielsweise residiert der Apotheker Henryk Dykier, Mitglied im Bezirksvorstand Ruhrgebiet und im Landesvorstand. Auf seiner Internetseite wird beklagt, der „so genannte Kampf gegen Rechts" werde „zum Völkermord an dem autochthonen Volk in der Mitte von Europa". In Heiligenhaus residiert Uwe Berger, der beteuert, lediglich sieben Tage lang Mitglied der NPD gewesen zu sein, und inzwischen bei „pro NRW" unter anderem Mitglied des Bezirksvorstands Rheinland und als Netzwerkadministrator auch Mitglied des Landesvorstands ist. Nachdem Anfang Mai eine Informations-Veranstaltung über die „pro"-Gruppen in Leverkusen stattgefunden hatte und „pro NRW"-Mitgliedern der Zutritt verwehrt worden war, notierte Berger auf seiner Homepage: „An diesem Abend bekam ich eine wirkliche Ahnung von dem Gefühl, das die Menschen seinerzeit in Auschwitz gefühlt haben müssen." Und er verriet, er habe seinen Veranstaltungsbericht, „leider auf Anraten unserer Rechtsanwälte umschreiben" müssen. Manchmal wüsste man gerne, was einige „pro"-Akteure so alles schreiben, bevor die Anwälte genauer hinschauen.

Tomas Sager

„Existenzfrage“

Ein rassistisches Elaborat aus professoraler Feder beschwört die „Stunde höchster Gefahr für das deutsche Volk“.

Abgeordnete des Deutschen Bundestages bekamen im Mai eine anonyme Postsendung aus dem Großraum Frankfurt zugestellt. Darin befand sich eine Broschüre mit dem Titel „Die Identität des Deutschen Volkes“. Als Herausgeber des 16-seitigen Machwerkes fungiert Helmut Schröcke (Jg. 1922) aus dem bayerischen Kottgeisering. Schröcke versteht sein Heft als einen „Aufruf an das nationalbewusste Deutschland ohne Ansehung der Partei.“ „In der Stunde höchster Gefahr für das Deutsche Volk“ wende er „sich im Namen eines großen Kreises deutschbewusster und um die Zukunft unseres Volkes besorgter Patrioten“ mit „Beiträgen in der Öffentlichkeit hervorragender Persönlichkeiten an alle Deutschen, besonders aber an die politisch Verantwortlichen für die Identität des Deutschen Volkes handelnd einzutreten.“ Gefordert wird von ihm ein „Stopp jeder Art von Einwanderung, auch aus anderen EU-Staaten“. „Rückwanderung“ statt Integration sei angesagt, „damit die hier zu Germanisierenden ihren Völkern erhalten bleiben.“ Völker sind dabei für Schröcke „biowissenschaftlich genetische Gesamtheiten und deshalb Abstammungs- und Vererbungsgemeinschaften für körperliche und nichtkörperliche Eigenschaften von Volk zu Volk, wobei die genetischen Unterschiede bei ungestörter Entwicklung zu verschiedenen Sprachen, Wertordnungen und Kulturen führen.“

Schröcke, ein „exzellenter Wissenschaftler und patriotischer Meinungskämpfer“, so das rechtsextreme Monatsblatt „Nation&Europa“, war am 21. April 1990 einer der Redner bei der in holocaustleugnenden Kreisen legendären Veranstaltung mit dem Antisemiten David Irving im Münchner Löwenbräukeller. Zugegen waren unter anderem auch die Altnazis Otto Ernst Remer und Manfred Roeder. In der „Jungen Freiheit“ hatte Schröcke auf die Frage, ob sich das „Meinungsklima im Jahre 1996 dem der dreißiger Jahre“ annähere, seinerzeit ausgeführt: „Es ist bereits viel schlimmer als in den letzten beiden Jahren des Dritten Reiches, weil man damals im Kameraden- oder im Bekanntenkreise immer noch ein offenes Wort reden konnte.“ Schröcke, so der Hamburger Verfassungsschutz im gleichen Jahr, ist „als Unterzeichner fremdenfeindlicher Appelle sowie als Autor in rechtsextremistischen Verlagen bekannt“. Als Referent trat Schröcke, Initiator des holocaustleugnenden „Appells der 100“, auch beim geschichtsrevisionistischen „Freundeskreis Ulrich von Hutten“ und den rassistischen „Hetendorfer Tagungwochen“ von Jürgen Rieger in Erscheinung.

„Mit Beiträgen zur Existenzfrage unseres Volkes“ sind in der Schröcke-Broschüre Karl Doehring (Jg. 1919), Robert Hepp (Jg. 1938), Wolfgang Philipp (Ex-CDU-Mitglied), Theodor Schmidt-Kaler (Jg. 1930) und der zwischenzeitlich verstorbene Otto Uhlitz vertreten. Doehring und Schmidt-Kaler sind Interviewpartner der „Jungen Freiheit“, Hepp und Philipp haben in der rechtslastigen Berliner Wochenzeitung publiziert. Bei den „Beiträgen“ in Schröckes Machwerk handelt es sich um Nachdrucke, darunter mehrere Nachdrucke aus der „Jungen Freiheit“ vom Januar und Februar dieses Jahres.

Abgedruckt ist in dem Schröcke-Pamphlet auch das rassistische „Heidelberger Manifest“ vom 17. Juni 1981, in dem mehrere extrem rechte Professoren, darunter Schröcke und Schmidt-Kaler, ihre „Sorge“ über die „Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug vieler Ausländer“ ausdrückten. Als „Sachwalter“ des „Heidelberger Manifestes“ versteht sich der in Frankfurt/Main ansässige rechtsextreme „Schutzbund für das deutsche Volk“ (SdV), der sich der „Erhaltung der ethnischen und kulturellen Eigenart des deutschen Volkes“ verschrieben hat. Dies äußere sich unter anderem darin, dass der SdV eine verstärkte Ausländerrückführung fordert und sich besonders gegen jede „Vermischung“ mit „fremden Rassen, Kulturen und Religionen“, namentlich auch in Gestalt von Mischehen, ausspricht. Im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2003 hieß es über den SdV, dass er ein „rassistisch und fremdenfeindlich agitierender Verein“ sei.

Hergestellt wurde die Broschüre in der Druckerei Dorrong im österreichischen Graz. Dort werden auch die NS-apologetischen „Huttenbriefe“ des rechtsextremen „Freundeskreises Ulrich von Hutten“ gedruckt.

Anton Maegerle

Veranen der Szene

Rechtsextreme Musiker in Baden-Württemberg treten zum Teil unter neuem Namen auf.

Der aktuelle Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg beziffert die Zahl der rechtsextremen Skinheads auf rund 800, was den zweiten Rückgang in Folge bedeutet. In den Vorjahren wurden von den Behörden noch 840 (2006) beziehungsweise 1040 (2005) Skinheads erfasst. Die Zahl der Skinheadbands sank von 19 (2006) auf aktuell 17 Bands. Die braunen Musikgruppen „Act of Violence“, „Aufbruch“, „Blue Max“, „Carpe Diem“, „Devil’s Project“, „Division Staufen“, „Jagdstaffel“, „Kommando Skin“, „Kurzschluss“, „Noie Werte“, „NS Chaos“, „Propaganda“, „Sturmpropheten“, „Tobsucht“, „Ultima Ratio“, „White Voice“ und „Zollernwut“ sind teilweise Veteranen der braunen Musikszene, teilweise kurzlebige Newcomer. Verteilt sind sie auf das gesamte Bundesland mit Schwerpunkt in der Landeshauptstadt Stuttgart, wo sechs Bands offiziell angesiedelt sind.

Die Anzahl der im Südwest-Staat veranstalteten Konzerte soll dem Verfassungsschutzbericht zufolge von 14 auf 13 gesunken sein (2005: 26). In der Beantwortung einer Kleinen Anfrage (Drucksache 14/2523) der SPD-Landtagsfraktion vom April dieses Jahres ist hingegen eine andere Zahl genannt. „Im Jahr 2007 wurden der Polizei landesweit fünf von 15 Skinheadkonzerten erst nachträglich bekannt. Dies ist vorrangig auf die zunehmend konspirative Vorgehensweise der rechtsextremistischen Szene bei der Organisierung und Durchführung derartiger Musikveranstaltungen zurückzuführen.“ Die genannte höhere Zahl würde einen geringen Anstieg solcher Veranstaltungen bedeuten. Die durchschnittliche Besucherzahl bei den Konzerten 2007 in Baden-Württemberg stieg dem VS-Bericht zu Folge von rund 115 auf etwa 150 Personen. Bei den bisher für das laufende Jahr bekannt gewordenen Skinheadkonzerten lag die Anzahl der Besucher zwischen 70 und 500.

Am 7. März fanden sich 70 Besucher zu einem Konzert der Böhse-Onkelz-Coverband „Weissgluht“ aus Fellbach in der nahe gelegenen Gaststätte Linde im Schorndorfer Stadtteil Weiler (Rems-Murr-Kreis) ein. Die Gaststätte wird von Jürgen Wehner seit 2006 betrieben und ist ein bedeutender Treffpunkt der lokalen rechtsextremen Szene. Etwa 80 Personen waren beim Konzert im Stuttgarter Osten am 8. März zugegen. Die aufgetretenen Bands „Jagdstaffel“ und „Sturmpropheten“ sind personell teilidentisch.

Rund 150 Personen hatten sich zu einem Balladenabend der Jungen Nationaldemokraten in Albershausen (Landkreis Göppingen) am 23. Februar versammelt. Dort trugen drei braune Liedermacher (bnr 12/07) ihre Balladen vor. Neben dem bis vor wenigen Jahren in Ehningen (Landkreis Böblingen) beheimateten Frank Rennicke (Jahrgang 1964), Schwiegersohn des einstigen baden-württembergischen NPD-Landtagsabgeordneten Ferdinand Lukas, traten, so die Beantwortung der Kleinen Anfrage, „ein ehemaliges Mitglied der baden-württembergischen Skinheadband ‘Race War’ sowie ein Mitglied der baden-württembergischen Skinheadband ‘Carpe Diem’“ auf. Bei dem Mitglied von „Race War“ handelt es sich um Max Hirsch, der ansonsten unter dem Pseudonym „Stimme des Blutes“ auftritt. „Race War“ trat unter dem neuen Namen „Heiliger Krieg“ und mit neuen Mitmusikanten, aber alten Titeln und bekannt konspirativem Gehabe auf. So musizierten sie am 22. März bei einer Großveranstaltung der italienischen Veneto Fronte Skinheads in Norditalien. Weitere Ankündigungen beziehungsweise Auftritte von „Heiliger Krieg“ gab es für Ende April in Süddeutschland und Mitte Mai in „Mitteldeutschland“.

Mit rund 500 Personen kalkulierte Hartwin Kalmus, Aktivist der verbotenen Skinhead-Organisation „Blood&Honour“, bei seinem kurzfristig abgesagten Konzert im badischen Ettlingen vom 16. Februar mit einer weiteren Cover-Band der „Böhsen Onkelz“, den „Kneipenterroristen“. Ein am 26. April im badischen Pforzheim-Birkenfeld durch Polizeikräfte verhindertes Konzert mit den Musikgruppen „Carpe Diem“, den Rechts-Rock-Veteranen „Endstufe“ aus Bremen, „Faustrecht“ aus dem bayerischen Allgäu und „Kommando Skin“ hatte bis zum Zeitpunkt der Verhinderung bereits 300 Besucher angezogen. Mit rund 500 Personen aus dem rechtsextremen Spektrum hatten Veranstalter und Behörden gerechnet. Dies ist eine Größenordnung, die deutlich über dem Durchschnitt und den Spitzenwerten der vergangenen Jahre liegt und einen internationalen Zuschnitt erkennen lässt.

Ariane Becker

Medien

Weißer Terror

Ein Film über die weltweit vernetzte Neonazi-Szene liefert erschreckend-authentische Einblicke in eine Welt der Gewalt.

Billy Roper trägt einen Nadelstreifenanzug. Roper spuckt und tritt mit Lackschuhen auf eine Israel-Fahne. Roper ist Kopf der US-amerikanischen Bewegung „White Revolution“ und wirkt als Bindeglied zwischen Neonazi-Skins, traditionellen Rassisten und Nationalsozialisten wie dem Ku Klux Klan sowie Rechtskonservativen. Roper sagt, längst befinde man sich im „Rassenkrieg“ gegen den „Genozid, der an der weißen Rasse verübt wird“.

Daniel Schweizer, Regisseur des Films „Skinhead Attitude“ über die weltweite Skinhead-Szene, hat mit „White Terror“ seine Trilogie über die Entwicklungen in jenen vielfältigen Szenen beendet. Der 2005 fertig gestellte Kino- und TV-Film ist nun in deutscher Bearbeitung auf DVD erschienen. Darin widmet sich Schweizer den globalen Vernetzungen von „Blood&Honour“ (B&H), der „White Power“-Bewegung und der „Slawischen Union“.

„White Terror“ liefert erschreckend-authentische Einblicke in eine Welt, in der Gewalt gegenwärtig ist und man sich in einem „Racial Holy War“ wähnt. Schweizer hat Kritiker und Behördenvertreter interviewt, indes ebenso Neonazi-Größen. So traf er Jäsä, Produzent der „Kriegsberichter“-Videos in Schweden. Der bullige Sozialhilfeempfänger ist Kopf jenes, wie er sagt, MTV von B&H. In den Videos werden Interviews, Mordaufrufe an Gegner oder Politiker sowie Konzerte gezeigt. An den Bühnen hängen Hakenkreuz-Flaggen und das Publikum zeigt den Hitler-Gruß.

Jäsä sitzt selbst vor einer Hakenkreuz-Flagge, als er sagt, er produziere „rassistische Unterhaltung für bereits Bekehrte“. Produziert in Schweden, werden die Videos und DVDs via USA weltweit von Bart vertrieben und lizenziert. Auch ihn besuchte Schweizer. Wenn er nicht mit Hass handelt, dann bereitet Bart sich mit seiner Familie auf den „Rassenkrieg“ vor, für den weltweit schon heute „kleine geheime Zellen“ bereit stünden. Den international agierenden Mittelsmann zwischen jenen „Zellen“, Eric Blücher, traf Schweizer in Schweden – doch es blieb beim Kurzinterview, das der braune Drahtzieher beendete mit einer Warnung: „Sei nicht so aufdringlich!“

Schweizer liefert mit „White Terror“ Einblicke in eine Welt des Irrationalen und greift dazu auch auf interne Aufnahmen von Konzerten oder Veranstaltungen zurück. So bei Tom Metzger, Kopf von „White Aryan Resistance“. Metzger wollte seine Gesprächsbereitschaft honoriert wissen, was Schweizer ablehnte. Der Regisseur sprach jedoch mit dem 2004 verstorbenen Pastor Richard Butler, Gründer der „Aryan Nations“, und mit Reverends des „Creativity Movement“ (zuvor „Church of the Creator“) – allesamt Vertreter von christlich-rassistischen Hasssekten. Für sie verkörpert nur der Arier das Gute, weswegen sich „White Power“ pflichtbewusst im Kampf gegen das Böse – gemeint sind Juden und Schwarze – befinde.

Zu den Negativ-Highlights des Films gehören Aufnahmen, die Schweizer bei einem Bündnis- und Rädelsführertreffen solcher US-Neonazi-Gruppen drehte. Skins und biedere Anzugträger reihen sich ein neben KKK-Mitgliedern in Braunhemden und mit Hakenkreuz-Armbinden und -Flaggen. „Unsere Haut ist unsere Uniform, unsere Haut ist unsere Religion,“ ruft dabei ein Redner. Dann skandieren die Rassisten und Neonazis gemeinsam: „White Power, Sieg heil!“ Als Schweizer später in Russland Vertreter der paramilitärischen „Slawischen Union“ trifft, werden diese ihm sagen: „Wir unterstützen unsere Waffenbrüder in den USA.“ Siegessicher zeigt sich im Interview Dimitri Demushkin, Kopf der „Union“ – gezeigt werden dazu Aufnahmen, wie Geistliche der orthodoxen Kirche Demushkins Flaggen mit Hakenkreuz-ähnlichen Kreuzgrafiken segnen.

Entlarvend wirken auch andere, Schweizer zugespielte Aufnahmen, etwa jene von Dominique Chaboche, Funktionär des französischen „Front National“. Chaboche tritt in Russland als Redner auf einem Treffen der „Slawischen Union“ auf. Direkt neben ihm wird – wahrscheinlich im Jahre 2002 – von der Bühne herab der Hitler-Gruß gezeigt.

Michael Klarmann

White Terror. Ein schockierender Report über die weltweit vernetzte Neonazi-Szene. Regie Daniel Schweizer. Doppel-DVD. Sunny Bastards (www.sunnybastards.de)

Seitenblick

„Gruselige Organisation"

Diskussion in der Friedrich-Ebert-Stiftung über die Gefährlichkeit von rechtsextremer Jugendfreizeitarbeit.

Frühjahr 2008, eine ländliche Region irgendwo in der Bundesrepublik: Uniform gekleidete Kinder und Jugendliche stehen in Reih und Glied in der Mitte eines Zeltlagers, eine Fahne wird gehisst, ein passender „Appell" dazu gesprochen. Die Szene gehört nicht etwa zu einem Theaterstück über die Nazizeit, sondern ist eine Veranstaltung der „Heimattreuen Deutschen Jugend" (HDJ). Ihre Praktiken bei der Rekrutierung und Schulung Jugendlicher standen im Mittelpunkt der Diskussionsveranstaltung „Es geht um unsere Kinder! Jugendfreizeitarbeit der extremen Rechten und ihre Gefahr für die Demokratie", die Ende Mai in der Friedrich-Ebert-Stiftung stattfand.

Die Journalistin – und bnr-Autorin – Andrea Röpke recherchiert seit längerem intensiv Aufbau und Vorgehensweise der HDJ und gab mit ihrem Einleitungsreferat, durch Bilddokumente eindruckvoll unterstützt, Einblicke in die Praktiken dieser „gruseligen Organisation". Erziehung nach soldatischen Prinzipien, völkisches Auftreten, strikte Geschlechtertrennung und elitäres Gehabe gehören dabei zu den charakteristischen Methoden. Strikt hierarchisch strukturiert, werden in der HDJ bereits 15-, 16-Jährige zu „Gruppenführern", die verantwortlich Kinder-Zeltlager betreuen.

In vielerlei Hinsicht eifere diese Organisation der 1994 verbotenen Wiking-Jugend nach, erklärte Andrea Röpke. Hervorstechende Gemeinsamkeit sei dabei die militante Ausrichtung beider Gruppierungen. So wurden etwa erst im April 2007 bei einer Polizeirazzia gegen ein Wehrsportlager der HDJ in Wilsum große Mengen an Waffen gefunden. Entsprechende Funde machte die Polizei auch Mitte Mai dieses Jahres bei einer Hausdurchsuchung in Georgsmarienhütte, als die Organisation eine „Rasseschulung" veranstaltete.

Rund 500 Mitglieder hat die HDJ, und erscheint damit zunächst als Organisation nur bedingt bedrohlich. „Doch es existieren vielfältige und zum Teil seit Generationen gefestigte Verbindungen zur NPD und anderen rechtsextremen Gruppierungen", führte Andrea Röpke aus. Zudem werbe die HDJ in manchen Regionen massiv um Nachwuchs außerhalb rechtsextrem orientierter Familien.

In der Diskussion ging es deshalb zunächst um die Verbotsfrage. Claudia Schmid, Leiterin des Berliner Verfassungsschutzes, stellte klar, dass allein das Bundesinnenministerium ein entsprechendes Verbotsverfahren initiieren könne. Werde das angestrebt, müsse zunächst geklärt werden, ob die HDJ Nachfolgeorganisation der verbotenen Wiking-Jugend sei und ob sie eindeutig verfassungsfeindliche Ziele verfolge. Immerhin war Berlin das erste Bundesland, das in seinen Verfassungsschutzberichten auf die Gefährlichkeit der HDJ hingewiesen hat.

Ebenso wie ein NPD-Verbot werde in der SPD-Bundestagsfraktion auch ein Verbot der HDJ angestrebt, betonte Niels Annen, Bundestagsabgeordneter und Leiter der Projektgruppe Rechtsextremismus beim SPD-Parteivorstand. „Sicher wird man durch ein Verbot nicht die ideologische Einstellung überzeugter Feinde der Demokratie verändern. Doch wir müssen der Entwicklung gegensteuern, die NPD und andere rechtsextreme Gruppierungen zunehmend als 'normale' Erscheinung hinzunehmen."

Der stellvertretende Vorsitzende des Bundesjugendrings, Torsten Raedel, unterstrich die besondere Gefährlichkeit der HDJ für Kinder und Jugendliche. Diese Organisation versuche, gerade in dünn besiedelten Regionen Lücken in der Jugendarbeit zu füllen, die in den zurückliegenden Jahren durch Rückgang der Kinderzahlen und verschlechterte Finanzausstattung entstanden seien. Umso wichtiger sei es, die HDJ möglichst schnell zu verbieten und darüber hinaus intensiv über ihre Praktiken aufzuklären. Die Bedeutung eines stärkeren Problembewusstseins gegenüber der HDJ betonte Andrea Röpke. Allzu oft spielten Kommunalpolitiker, Polizei und andere Behörden die Aktivitäten dieser und anderer rechtsextremer Gruppierungen herunter. Demgegenüber sollte verstärkt informiert und vorhandenes Wissen besser genutzt werden. Nicht zuletzt, in diesem Punkt herrschte Einigkeit auf dem Podium, müsse die demokratische Jugendarbeit ebenso gestärkt werden wie das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechts.

Gudrun Giese

Blick in die Zeitgeschichte

Ein rabenschwarzer Tag

Vor 75 Jahren, am 22. Juni 1933 wurde von den Nazis die SPD verboten.

Nachdem die Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen am 6. November 1932 mit 33,1 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen mit Abstand stärkste Partei geworden waren – die SPD erhielt als zweitstärkste Partei gerade mal 20,4 Prozent – begannen komplizierte Regierungsverhandlungen. An deren Beginn stand eines fest: Ohne die NSDAP wird es keine arbeitsfähige Regierung geben. Höchst zaghafte Versuche, dem Neuling demokratische Zügel anzulegen, wies dieser nicht etwa brüsk zurück. Hitler und seine Gefolgsleute gaben sich bürgerlich-zivilisiert und zeigten sich verhandlungsbereit – allerdings nicht mit den Linksparteien KPD und SPD. Das konnte auch niemand erwarten. Weder das konservative katholische Zentrum noch die strikt antisozialistische NSDAP hatten irgendwelche Gemeinsamkeiten mit ihnen. Andererseits durfte sich niemand über die wirklichen Ziele Hitlers im Unklaren sein. Sein Buch „Mein Kampf“ konnte jeder lesen.

Nach dem Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 hatte Reichspräsident Paul von Hindenburg mit der Reichstagsbrandverordnung „Zum Schutz von Volk und Staat“ die Grundrechte außer Kraft gesetzt. Paragraph 2 ermächtigte die Reichsregierung, „Befugnisse der obersten Landesbehörden vorübergehend wahrzunehmen“. Als Folge wurden unter anderem nach vorbereiteten Listen viele hundert Kommunisten, Sozialdemokraten, Reichsbanner-Funktionäre und NS-Gegner in „Schutzhaft“ genommen.

Nach der Festnahme des KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann am 3. März 1933 flieht der ehemalige preußische Ministerpräsident Otto Braun in die Schweiz, der frühere Reichskanzler Heinrich Brüning emigriert im Mai 1934. Insgesamt bringen sich 27 ehemalige Minister und 264 frühere Abgeordnete in anderen Ländern in Sicherheit. Nach den für die NSDAP erfolgreichen Reichstagswahlen vom 5. März 1933 lässt die Reichsregierung einen weiteren Schleier fallen. Reichsinnenminister Wilhelm Frick kündigt an, die Regierung werde Konzentrationslager errichten. Am 11. März wird die Zentrale des republikanischen „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ in Magdeburg besetzt. Die Eröffnung des ersten KZ’s in Dachau bei München kündigt der Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, am 20. März persönlich an. Einen Tag später konstituiert sich der neue Reichstag in der Potsdamer Garnisonkirche – Hitler im Frack, Hindenburg in seiner Generalsuniform. Das Foto geht um die Welt: Der Gefreite des Ersten Weltkrieges verneigt sich vor dem greisen Feldmarschall. Mit der „Verordnung zur Abwehr heimtückischer Angriffe“ bekommen alle Oberlandesgerichtsbezirke „Sondergerichte“, bei denen es keine gerichtlichen Voruntersuchungen, keinen Eröffnungsbeschluss und keine Rechtsmittel gibt. Diese Gerichte tagen und urteilen. Dann ist die Strafe rechtskräftig. Eine Justiz im Sinn des Wortes gibt es nicht mehr.

Das ganze Reich wird mit legalen und illegalen Straflagern überzogen. Bis Ende April werden allein in Preußen etwa 30 000 Personen festgenommen. Ende Oktober sind es nach Schätzungen 100 000. Die meisten kommen nach wenigen Tagen oder Wochen wieder frei. Für 500 bis 600 gilt das nicht. Sie werden ermordet. Am 22. März treffen sich die Mitglieder des Reichstags in der Berliner Kroll-Oper. 81 KPD- und 26 SPD-Abgeordnete fehlen freilich. Sie sitzen in Haft oder sind geflohen. Hitler gibt eine Regierungserklärung zum geplanten Ermächtigungsgesetz ab. Dem Zentrum sind vorher Zugeständnisse zu dem Gesetz gemacht und damit die Zustimmung abgehandelt worden. An Otto Wels, den Chef der SPD-Fraktion im Reichstag, hatte sich die SA noch nicht herangetraut. Das hätte, fürchteten die neuen Machthaber, vermutlich im Ausland für lautstarken Protest gesorgt. Nach Hitler tritt Otto Wels ans Rednerpult und begründet in einer mutigen, von Pöbeleien gestörten Rede, warum seine Fraktion dem Ermächtigungsgesetz „zur Behebung der Not von Volk und Reich“ die Zustimmung verweigern werde. Die Zentrumsfraktion schweigt betreten, die NSDAP-Fraktion tobt, bedroht die SPD-Abgeordneten. Jeder ahnt, dass für sie und ihre Partei akute Gefahr droht.

Die Befürchtung wird am 22. Juni 1933 Wirklichkeit. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird verboten. Am 7. Juli 1933 werden ihre Mandatsträger aus dem Parlament ausgeschlossen. Ein schwarzer Tag für die älteste deutsche Partei.

Heiner Lichtenstein

Die verstummten Stimmen

Eine Ausstellung über die Vertreibung der „Juden" aus der Oper 1933 bis 1945.

„Deutschland, das Land der Musik" feiert ein Plakat von 1938; es zeigt Reichsadler und Orgel, in eins gesetzt und so unauflöslich miteinander verbunden. Das Gegenstück liefert im selben Jahr die Ausstellung „Entartete Musik" in Düsseldorf. Auf dem Titelbild der gleichnamigen Broschüre von Hans Severus Ziegler, Staatsrat, Generalintendant am Nationaltheater Weimar – und nach dem Krieg Gymnasiallehrer auf Wangerooge –, sieht man einen schwarzen Saxophonisten, der statt einer Nelke den Davidstern im Knopfloch trägt: „Judentum und deutsche Musik, das sind Gegensätze, die ihrer Natur nach in schroffstem Widerspruch zueinander stehen", lautet folgerichtig der dritte der „Zehn Grundsätze deutschen Musikschaffens", die Propagandaminister Goebbels aus diesem Anlass verkündete.

Welche Folgen dies im Bereich der Oper und für die davon Betroffenen hatte, zeigt eine Ausstellung, die der Historiker Hannes Heer und der Musikexperte Jürgen Kesting zuerst für die Hamburger Staatsoper konzipiert haben. Sie gibt auf fünf Textsäulen einen knappen, aber ebenso fundierten wie prägnant formulierten Überblick über die Musikpolitik der NS-Zeit und ihre Opfer, skizziert Vorgeschichte und Vorläufer und stellt Verfolger wie Hans Hinkel, den engsten Mitarbeiter von Goebbels, und Herbert Gerigk vor. Der war als Leiter des „Sonderstabs Musik" verantwortlich für den Raub „herrenlosen Kulturguts von Juden" in Frankreich, gab das berüchtigte „Lexikon der Juden in der Musik" mit heraus – und wurde nach dem Krieg unbehelligt Musikredakteur der „Ruhr-Nachrichten". Erwähnt werden aber auch Profiteure wie die Komponisten Richard Strauss und Werner Egk oder der Dirigent Karl Böhm, der noch 1978 bekannte: „Die anderen, die in die Emigration gegangen sind, hatten es ja eigentlich besser als ich, der ich zu Hause geblieben bin."

Wie es in Wahrheit war, zeigt die Berliner Version dieser Ausstellung eindringlich am Beispiel der Staatsoper. Exemplarisch die Auseinandersetzung um die 1927 gegründete Kroll-Oper unter Otto Klemperer, alsbald Zielscheibe eines hasserfüllten Kulturkampfes gegen die „verjudeten" und „von Ausländern regierten" Berliner Theater, und durch Beschluss des Preußischen Landtages im März 1931 geschlossen. Im Juni 1932 beantragte die NSDAP, seit April stärkste Fraktion im Landtag, Ausländer und Juden an den Theatern zu kündigen. Eine hauseigene Liste, von der NS-Betriebszelle der Staatsoper erstellt und dem Generalintendanten Heinz Tietjen übergeben, diente am 1. Juni 1933 als Grundlage für die Entlassungen. Sie wurden von Tietjen und dem neuen Operndirektor Wilhelm Furtwängler mit Göring abgesprochen.

Das Schicksal der Opfer, Ensemblemitglieder, Musiker, Dirigenten, Komponisten, Chor- und Orchestermusiker, Bühnenarbeiter und Theaterärzte, schildert der zweite, biographische Teil der Ausstellung mit zahlreichen, bisher unbekannten Einzelheiten. Es sind Prominente und kaum Bekannte darunter. Die wenigsten derer, die überlebten, konnten im Exil an frühere Erfolge anknüpfen; viele verstummten, kaum einer kehrte zurück. Nach bisherigem Stand gingen von den 41 entlassenen Mitgliedern der Staatsoper 23 ins Exil, fünf schlugen sich in Deutschland durch, zwei wurden deportiert, von den anderen ist der weitere Lebensweg unbekannt.

Der reich bebilderte Begleitband enthält alle Ausstellungstexte und insgesamt 84 Biographien, stellt also ein unentbehrliches Nachschlagewerk auf dem neuesten Stand der Forschung dar. Zu dem verdienstvollen Projekt, von dem man sich eine Fortsetzung auch für andere Opernhäuser wünschte, gehört eine sehr zu empfehlende Edition von vier CDs mit raren Aufnahmen von 21 Sängerinnen und Sängern aus den Jahren 1920 bis 1939 mit einer 54-seitigen Begleitbroschüre.

Theo Meier-Ewert

Verstummte Stimmen, Die Vertreibung der „Juden" aus der Oper 1933 bis 1945, Eine Ausstellung von Hannes Heer, Jürgen Kesting und Peter Schmidt, Metropol Verlag, Berlin 2008, 127 Seiten, 14,80 Euro; 4CDSet und Buch, Membran International GmbH (www.membran.net), 19,90 Euro; mit dem Begleitband in der Ausstellung 30 Euro.

Bis 4. Juli 2008 in der Staatsoper Unter den Linden (historischer und Berliner Teil) und im Centrum Judaicum in Berlin (allgemeiner biographischer Teil).

www.verstummtestimmen.de

Meldungen

Nützliche Beschäftigung

Greifswald – Ein weiterer Funktionär der neonazistischen Heimattreuen Deutschen Jugend ist Mitglied beim THW in Greifswald. Nicolas Hefner, der Pressesprecher des THW gibt sich entschlossen. Für Neonazis und rechtsextremes Gedankengut sei kein Platz in der Bundesanstalt. Deshalb habe man auch den Greifswalder THWler Frank Klawitter ausgeschlossen. Klawitter war Mitglied der Wiking-Jugend und ist heute in der neonazistischen Heimattreuen Deutschen Jugend aktiv. Gegen den Rauswurf hat der Neonazi Widerspruch eingelegt. So es sein muss, geht das THW durch alle Gerichts-Instanzen. Doch Klawitter ist nicht das einzige HDJ-Miglied, welches sich in seiner Freizeit gern die THW-Kleidung überstreift. Recherchen von bnr.de haben ergeben, das auch der an der Greifswalder Universität Biologie und Genetik studierende Chef der HDJ-Einheit Mecklenburg-Pommern und „Führer“ der HDJ-Leitstelle Nord Ragnar Dam Mitglied des Greifswalder Ortsverbandes des THW ist. Dort hat er zu tun mit „Fahren mit Motorkraft, Fahrmanöver und Navigation“. Dinge, die auch in der Parallelwelt der HDJ nützlich sein könnten. Die THW- Führung hat allerdings prompt reagiert. Der HDJ-Kader Ragner Dam wurde mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert und gegen ihn ein Ausschlussverfahren eingeleitet. Dam kann gegen die Suspendierung Rechtsmittel einlegen. (tn)

Neonazis im NPD-Landesvorstand

Kaiserslautern – Neue Landesvorsitzende der NPD in Rheinland-Pfalz ist Dörthe Armstroff. Armstroff, bislang stellvertretende Landesvorsitzende, löst den langjährigen NPD-Multifunktionär Peter Marx ab, der zuletzt am 3. Dezember 2006 bei einem Landesparteitag in diesem Amt bestätigt worden war. Zu Stellvertretern wurden auf dem NPD-Landesparteitag in Kaiserslautern am 18. Mai Safet Babic (Pressesprecher) und Sascha Wagner (Landesgeschäftsführer) gewählt. Babic war 2006 Referent beim Jahreskongress der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik. Wagner. Wagner, Ex-Bundesorganisationsleiter der Jungen Nationaldemokraten, ist unter anderem wegen Beleidigung und Körperverletzung verurteilt. Als Beisitzer amtieren Klaus Acker, Klaus Armstroff und Christian Hehl. Acker war einst stellvertretender Vorsitzender des neonazistischen Internationalen Hilfskomitees für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige (IHV), einer Konkurrenzvereinigung zur traditionellen Neonazi-Knastorganisation HNG. Acker war im Adressenbuch von Michael Kühnen aufgelistet. Armstroff ist Vorsitzender des NPD-Kreisverbands Deutsche Weinstraße. Der mehrfach verurteilte Gewalttäter Hehl war unter anderem in zwischenzeitlich verbotenen Neonazi-Organisationen wie der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) und Blood&Honour aktiv. In ihrem Schlusswort auf dem Landesparteitag machte die frischgebackene Landesvorsitzende Armstroff deutlich, dass die rheinland-pfälzischen Kommunalwahlen 2009 „oberste Priorität für den Landesverband“ hätten (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de